

Sind wir schuld an der Amut der Bauern in der 3. Welt?

Autor(en): **Bieri, Hans**

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Kultur und Politik : Zeitschrift für ökologische, soziale und wirtschaftliche Zusammenhänge**

Band (Jahr): **59 (2004)**

Heft 2

PDF erstellt am: **08.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-903762>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

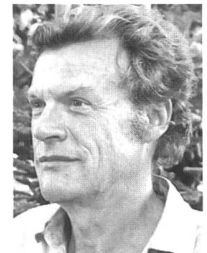
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Sind wir schuld an der Armut der Bauern in der 3. Welt?

«Die schweizerische Landwirtschaft kann nur überleben, weil sie durch den Staat aus den Mitteln des Wirtschaftswachstums stark unterstützt wird. Dies führt aber zugleich dazu, dass die Bauern aus ärmeren Ländern nicht in die Schweiz exportieren können». Fazit dieses kürzlichen Kommentars des Schweizer Radios DRS: die Subventionspolitik der Industrieländer hindert die Entwicklungsländer am verstärkten Agrarexport und ist somit für eine mangelhafte Einkommensentwicklung in den Entwicklungsländern verantwortlich. Stimmt das?



Hans Bieri

Die Neoliberalen fühlen sich bestätigt

Wer so redet, hofft darauf, dass ein fairer Welthandel endlich auch die wirtschaftliche Unterentwicklung der Dritten Welt beseitigen wird. Folglich werden die Ziele einer ausgeglichenen wirtschaftlichen Entwicklung am ehesten erreicht, wenn die Subventionen reduziert und durch ‚mehr Markt‘ ersetzt werden. Das ist auch die Meinung der WTO. Das alles gehe zwar nicht gerade von heute auf morgen – aber mehr Markt bringe nach dieser Auffassung unweigerlich mehr Wohlstand. Und mehr Wohlstand beseitige die sozialen Ungleichgewichte und anschließend erlaube ‚mehr Wohlstand‘ auch die Beseitigung der bisherigen ökologischen Schadensentwicklungen.

Eigentlich muss man nur zuwarten. Die Probleme lösen sich mit der WTO von alleine. Damit können die Sozialprobleme mit mehr Wachstum wieder gelöst werden, das schlechte Gewissen, mit ökologischen Auflagen in den Industrieländern zu viel Geld zu verbrauchen, das man eigentlich besser der Dritten Welt zugute kommen lassen müsste, kann beruhigt werden und die Neoliberalen fühlen sich endlich bestätigt.

Das Nachhaltigkeitspostulat kommt unter Druck

Bisher haben vor allem OECD und WTO so geredet. Ähnliche Argumentationen werden nun auch von Kreisen übernommen, die eine nachhaltige Wirtschaft auf eigener landwirtschaftlicher

Ressourcenbasis auch und gerade für die entwickelten Länder bisher gefordert haben. Über die Frage der drängenden wirtschaftlichen Probleme der Entwicklungsländer und dem hemmungslosen Druck zu weiterer Handelsliberalisierung kommt nun das Nachhaltigkeitspostulat offenbar arg unter Druck. Denn die Art und Weise, wie nun die Ursachen der wirtschaftlichen Probleme von Entwicklungsländern an der Subventionierung der Landwirtschaft in den entwickelten Ländern und da erst noch besonders an den Agrarimportländern Europas festgemacht werden, bedarf der Klärung!

Warum verhungern Menschen in einem Agrarland?

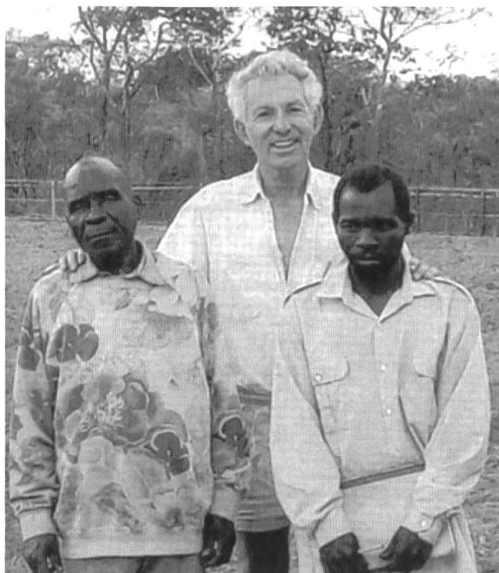
Warum sind in einem starken Agrarland wie Argentinien die Menschen vor kurzem verhungert? Auch wenn man nicht nach Europa oder in die USA liefern könnte, so gibt es absolut keinen achtbaren Grund, warum dieses Land mit seinen überdurchschnittlichen Voraussetzungen sich nicht einmal mehr selbst versorgen kann.

Wenn die Kapitalzinsen höher sind als die Profitraten für das in der Produktion investierte Kapital und in der Folge die Produktion zusammenbricht, obwohl die Menschen z.B. nach Lebensmitteln Bedarf haben, dann muss das Auseinandergehen der In-

teressen zwischen dem privaten Kapitaleigentümer und den wirtschaftlichen Bedürfnissen der betroffenen Bevölkerung auf den Tisch und ausdiskutiert werden. *Es kann ja nicht sein, dass um Zinsen auf Geldkapital zu erhalten, die sich ja aus dem wirtschaftlichen Ertrag ableiten (von wo denn sonst?), selbst die Wirtschaftstätigkeit, um Zinsen bezahlen zu können, blockiert wird.* Dass die europäischen Bauern in ihrer Abhängigkeit von Stützungszahlungen wegen der Preis-Kosten-Schere nun die Schuld an der Verarmung der Bauern der Dritten Welt hätten, ist reiner Schwachsinn. Diese Sicht macht erst dann halbwegs

Dass die europäischen Bauern in ihrer Abhängigkeit von Stützungszahlungen wegen der Preis-Kosten-Schere nun die Schuld an der Verarmung der Bauern der Dritten Welt hätten, ist reiner Schwachsinn.

einen Sinn, wenn man die oben beschriebene Absurdität als ‚Gesetz des Marktes‘ unkritisch übernimmt und mit bereit ist, von den eigentlichen Ursachen der aus der Londoner City gelenkten gezielten wirtschaftlichen Zerstörung abzulenken. Denken wir nur an die Asienkrise Ende der 90er Jahre und was das dort für die Menschen bedeutet hat.



Das vom Redaktor des Artikels in der Bauernzeitung selbst mitgelieferte Foto bedarf keiner Erläuterung...

Wenn in Ecuadors oder Mexikos Häfen billiges US Getreide gelöscht wird, das weit unter dem Produktionspreis der indigenen (einheimischen) Bauern liegt und deren Verarmung verursacht, darf man doch daraus nicht schliessen, das ‚Wohlleben‘ der überschuldeten amerikanischen Farmer mäste sich direkt an der Armut der mexikanischen Bauern. Viel entscheidender ist doch die Frage, warum sich Mexiko nicht mit Zöllen auf künstlich verbilligte Ware mit Erfolg schützen darf – in einer Zeit, wo von Fairness gesprochen wird und die Schurken und unehrlichen Geschäftemacher an den Pranger gestellt werden. Dass hier an der Art und Weise, wie in unseren Breiten die angeblichen Interessen der Entwicklungsländer dargestellt werden, einiges nicht stimmen kann, wissen wir spätestens seit der Erklärung von Buenos Aires von 1999. Diese hat lange vor dem Verhandlungsabbruch in Cancun diese unterschiedliche Interessenlage dargestellt. Einige Entwicklungsländer haben klar erläutert, warum der Freihandel nicht bzw. nicht mehr in ihrem Interesse liegt. Auch diesen Hinweis vermisst man sehr in den ‚aufklärenden‘ Artikeln über die Interessen der Dritten Welt.

Kann das ein sinnvolles Entwicklungsziel sein, dass die Entwicklungsländer die agrarische Versorgung der reichen Weltzentren übernehmen?

Wie soll man sich das überhaupt langfristig vorstellen, wenn ein Agrarland dem Industrieland Agrarprodukte liefert und ein Industrieland dem Agrarland Industrieprodukte? Wie läuft die Kapitalbildung eigentlich ab, wenn die Subsistenz (Selbstversorgung) durch eine entwickelte Volkswirtschaft abgelöst werden soll?

Die Kapitalbildung kann vorerst nur innerhalb einer staatlichen Gemeinschaft und innerhalb des gleichen Währungsraumes erfolgen. Je rationeller die Lebensmittelversorgung aus der eigenen Bodengrundlage erfolgt und je rationeller die Industrie und das Gewerbe produzieren, desto grösser ist die Kapitalbildung und die Freiheit der Gesellschaft, die Güterversorgung auszuweiten und sich geringere Arbeitszeiten oder mehr Forschung, Kultur, soziale Versorgung etc. zu gönnen. Also muss man eben doch die ganze Sache vom Boden her denken. Reiner

Warenausch zwischen Kontinenten bewirkt keine Kapitalbildung. Tauschwirtschaft ist noch lange kein Kapitalismus. Der springende Punkt ist die Entwicklung der Arbeitsteilung einer Volkswirtschaft und die dadurch erhöhte Effizienz der Versorgung und der sich öffnenden Freiräume für Forschung, Bildung und Kultur, die durch die produzierende Wirtschaft für die in der Dienstleistung Beschäftigten mitproduziert werden muss. Die Arbeitsteilung findet aber immer zwischen Partnern statt, die organisatorisch zusammengehören und ein Ganzes bilden, um die Rationalisierung überhaupt nutzen zu können. Nur aus dieser Gemeinschaft heraus können die in ihrem Wirtschaftsraum erwirtschafteten Freistellungen und Freiräume der Entwicklung auch konsumiert werden.

Ein gerechter Tausch zwischen Wirtschaftsräumen ist nur gewährleistet, wenn im Bereich von Industrie und Dienstleistungen mit ausgeglichenen Bilanzen gehandelt wird. Werden jedoch Rohstoffe und Bodenprodukte längerfristig exportiert, so braucht dieses Land eine feste rechtliche Beteiligung an der daran angehängten industriellen Verarbeitung. Das bringt Ab-

hängigkeiten und über grosse Distanzen auch Unsicherheiten, da die Forderungen militärisch sehr ungleich geschützt werden können. Deshalb bleibt auf absehbare Zeit das freiheitliche Ideal, dass alle Länder mehr oder weniger souverän auf ihren eigenen Ressourcengrundlagen ihr Auskommen finden müssen. Dies ist auch der einzige realistische Weg, den Ressourcenverschleiss senken zu können, ohne die Bedürfnisentfaltung der Menschen einzuschränken.

Wie wenn Kapital ‚Junge bekommen‘ würde...

Wer die Sache jedoch nicht vom Boden, sondern allein vom privatisierten Geldkapital her denkt und nur nach der unmittelbar einträglichsten Anlage fragt, der verdeckt die Herkunft des Kapitalgewinnes aus der Bodenrente. Entsprechend wird das Geldkapital ausser Landes gebracht zu den Fondsverwaltern mit den höchsten Renditen – also in Gebiete mit der grössten verschleisswirtschaftlichen Aktivität, die fest verbunden sind mit den höchsten Renditen. Dadurch verarmt das Ursprungsland, aus dem das Kapital abgezogen wurde, trotz reichen natürlichen Produktionsvorausset-

Ist er schuld an der Armut der Frau in Togo?



zungen. Das ist der ganze Leidensweg der kolonialen aber auch nicht weniger der nachkolonialen Ära. Das zeigt, dass Kapitalbildung in der Entstehung auf Voraussetzungen beruht, die seine Existenz heranbilden. Kapital bleibt deshalb immer eine aus diesen produktiven und organisatorischen Voraussetzungen abgeleitete und angängige Grösse. Betrachtet man Kapital als privates Eigentum wie einen Sack

Die Industrie lebt davon, wie viele Menschen die eigene Landwirtschaft zu Gunsten der Industrieproduktion freistellt.

Getreide, so geht man eigentlich davon aus, Kapital sei ein positives Gut wie ein Sack Getreide. Kapital sei somit handelbar, transportierbar und als individuelles Eigentum zuteilbar wie eine dingliche Sache. Nach dieser Optik muss ja dann auch der Gewinn des Kapitals aus dem Kapital selbst ‚Junge bekommen‘ würde.

Wissen hier – Ahnungslosigkeit dort

Meiner Meinung nach kann man nicht auf der einen Seite sich ein Wissen um ökologische Zusammenhänge aneignen und auf der anderen Seite so ahnungslos bleiben, dass man beharrlich weiter daran glaubt, Kapital er-

zeuge aus sich heraus einen Ertrag oder Gewinn. Genau das liegt aber der Idee zu Grunde, welche nach den effizientesten bzw. gewinnreichsten Formen der Kapitalverwertung sucht. Nach dieser nicht ökologischen sondern rein bänklerischen Denkweise ist eine subventionierte Landwirtschaft eines Industrielandes ineffizient, weil ich bezogen auf die gleiche Geldmenge verausgabt in einem Entwicklungsland eine grössere Pro-

duktionsmenge bekomme. Es wird aber nicht gefragt, ob denn die erhaltene Geldmenge des agrarexportierenden Entwicklungslandes im Entferntesten ausreichen kann, seine eigene, dabei unterlassene Entwicklung von Gewerbe, Industrie, Forschung, Soziales, Kunst und Kultur damit bezahlen und das heisst importieren zu können. *Das Augenmerk muss doch bei jedem Land und bei jeder Gemeinschaft auf die innere soziale Organisation gerichtet sein.* Nur so gelange ich zu einem einigermaßen treffenden Abbild des Wirtschaftsprozesses. Die feststellbaren gesellschaftlichen Verzerrungen ergeben sich daraus, dass ich nicht mehr vom Boden her das Wirtschaften als sozialen Aufbau zu

mehr Freiheit aller Menschen begreife, sondern dass rein rechtlich von Kapital als auf einem Konto privatisierter Geldgrösse ausgegangen wird, die durch den Wirtschaftsprozess ‚vermehrt‘ werden muss.

Die einen werden reicher, die anderen werden ärmer

Diesen Kapitalertrag kann ich nur vergrössern, wenn ich entweder die Kosten senke (Löhne und/oder Rohstoffe) oder die Menge der Produktion erhöhe. Senke ich die Löhne, fehlen bald einmal Einkommen und der Absatz, den andere Kapitalien für die Realisierung der Kosten benötigen und kommen ins Stocken. Die einen werden reicher, die anderen werden ärmer. Das Wachstum der Wirtschaft wird rückläufig und die soziale Versorgung des Staates zerfällt. Deshalb wird versucht, die eingesparten Lohnkosten auch in die Erweiterung der Produktion zu stecken. Das bringt ‚Wachstum‘, auch wenn danach von den Menschen her gar kein Bedürfnis besteht. Das braucht mehr Stoffe und mehr Raum und heizt die Verschleisswirtschaft an.

Zur Zeit sinkt der Stellenwert der Ökologie, weil die soziale Verteilung in Gefahr ist, und diese kann heute, so wie die Dinge betrieben werden, nur über verschleisswirtschaftliches Wachstum gesichert werden. Hier liegt der Grund weshalb sich SP, FiBL, BIO-SUISSE etc. vermehrt für neoliberale Postulate aussprechen, weil sie spüren, dass sich sonst ihre aus der Wachstumswirtschaft gespiesenen Geldzuschüsse auflösen. Mehren sich im Gefolge der verstärkten Wachstumspolitik wieder die ökologischen Schäden, dann werden gleichzeitig mit den akkumulierten Finanzmitteln die ökologischen Schäden wieder

mehr betont und es wird wieder mehr der Schutz der Umweltstandards postuliert.

Damit haben wir erklärt, wie es läuft und warum wir diese Schadensbilder haben, die durch einen Schleuderkurs zwischen eigentlich unechten und zwanghaften Alternativen gekennzeichnet sind.

Wir müssen nicht die Bauern der Entwicklungsländer und die Bauern der Industriestaaten gegeneinander ausspielen

Es ist ohnehin so, dass, wenn der Kaffeepreis am Boden ist, das mit der Subventionierung der europäischen Landwirtschaft nichts zu tun hat. Wir erinnern uns noch sehr gut, als die ‚linken‘ Agronomen in den achtziger Jahren erklärten, der zerrüttete Kaffeepreis sei eine Folge der Subventionspolitik der Kaffeeanbauenden Staaten. Dann half die Weltbank die Subventionen zu beseitigen und der Kaffeepreis fiel erst recht in den Keller. Dabei hätte man klar sehen können, dass die Rohstoffe der Entwicklungsländer genauso systematisch unterbewertet sind wie die Bodenprodukte der Bauern in den Industrieländern. Umso unbegreiflicher ist es, dass auch in der den Bauern gehörenden landwirtschaftlichen Presse gewisse Journalisten Artikel einbringen können, die ‚neoliberales Papageiengeschwätz‘ gedankenlos nachplappern: «Der Aufbau eines landwirtschaftlichen Betriebes in der Wildnis Moçambiques erfordert viel Enthusiasmus, Durchhaltevermögen und Pioniergeist. Ausserdem erschweren die tiefen Weltmarktpreise, die von der hoch subventionierten Landwirtschaft der Industriestaaten künstlich tief gehalten werden, die Wirtschaft-



Korb um Korb wird in Togo die Baumwolle von Hand geerntet.

lichkeit der Agrarwirtschaft in den Entwicklungsländern». (Bauern Zeitung, 12. 12.2003, Seite 23).

Entwicklungshilfe oder Kapitalrendite?

Wir fragen den Verfasser dieser Zeilen, um was geht es jetzt eigentlich? Geht es um die wirtschaftliche Entwicklung und um die volkswirtschaftliche Prosperität von durch Kolonialismus und international infiltrierte arg Kriege geschädigte Entwicklungsländer oder geht es, wie er eigentlich deutlich sagt, um die ‚Wirtschaftlichkeit‘ des investierten Kapitals? Das vom Redaktor selbst mitgelieferte Foto (*Bild 1*) bedarf keiner Erläuterung – umso grotesker sind seine Ausführungen im Artikel! Eigentlich handelt es sich um die Fortsetzung der alten Kolonialpolitik, die der Redaktor der bäuerlichen Zeitung uns durch die ‚grüne‘ Brille des Entwicklungshelfers nahe bringen will. Er will ein soziales Problem der wirtschaftlichen Entwicklung lösen, denkt aber ganz klar vom investierten Kapital her. Und um hier den wirtschaftlichen Erfolg des ausländischen Investors in Moçambique zu sichern, greift er völlig gedankenlos die sozialpolitisch und versorgungspolitisch motivierte Subventionspolitik der Industrieländer an. Das ist doch nichts anderes als der alte Streit zwischen der Kolonialmacht und dem Weltfinanzzentrum England und den sich damals befreienden USA. Um die Industrieentwicklung der USA zu stören, hat England den agrarischen Süden mit seiner Sklavenwirtschaft unterstützt. Dort

am Mississippi in Louisiana hatte schon John Law von London aus auch am besten im Agrarsektor verdient und das moderne Bank- und Papiergeldwesen begründet. Um zu zeigen, in welcher Tradition sich dieser Redaktor ahnungslos bewegt, zitieren wir aus einem gewöhnlichen Geschichtsbuch: «Unterschiedliche Entwicklung zwischen Nord und Süd [während dem Sezessionskrieg im Gebiet der späteren USA]: Um die Entwicklung ihrer Industrien zu begünstigen, forderten die Nordstaaten Schutzzölle. Im Gegensatz zum Norden herrschte im anbaugünstigen Süden [Louisiana, Mississippi, Arkansas, Tennessee etc.] eine Pflanzaristokratie, die auf den Freihandel angewiesen war, auf ungehinderte Ausfuhr von Agrarprodukten, auf die freie Einfuhr von Fertigprodukten aus Europa und von Sklaven aus Afrika». (Geschichte 3, 1985, R. Oldenbourg Verlag GmbH, München, Seite 160).

Korb für Korb von Hand

In einer weiteren landwirtschaftlichen Zeitschrift fand sich ebenfalls vor kurzem ein gleich gerichteter Artikel mit dem Titel ‚Afrikas Kampf gegen die Subventionen‘. Dort heisst es: «Die USA und die EU subventionieren ihre Baumwollproduzenten kräftig. Dies schadet den Produzenten in den armen Ländern. Sie forderten diesen Sommer von der WTO gerechtere Marktbedingungen». (Die Grünen 1/2004) Mit anderen Worten, der Redaktor behauptet indirekt, dass die armen Länder an der WTO für mehr Handelsöffnung

plädiert hätten. Im gleichen Artikel heisst es dann aber: «Die Bauern in Togo produzieren Baumwolle nicht primär für den Export, sondern mehrheitlich für den Landesverbrauch». Das heisst doch, Togo wäre gut beraten, diesen inneren Markt nun durch Zölle zu schützen und mit der eigenen Landwirtschaft die Kapitalbildung durch Verbesserung der Erträge in Gang zu setzen. Warum muss denn der Bauer in Togo ‚gerechtere‘ Weltmarktbedingungen haben, wenn er doch eigentlich Baumwolle ‚Korb für Korb von Hand‘ (*Bild 2*) für den Binnenmarkt produziert?

Sind die indigenen Bauern verhinderte Exporteure?

Das Gegenargument lautet dann wohl, das Land brauche dringend Devisen, sonst könne es keine Industriegüter kaufen. Aber es geht doch vielmehr – in der Fortsetzung der Tradition Englands – um das Handelsinteresse, Industriegüter aus entwickelten Ländern in die Entwicklungsländer zu verkaufen. Das ist doch eigentlich der Punkt. Und umgekehrt möchten die Investoren, welche in den Entwicklungsländern für den Absatz in den Industrieländern produzieren, möglichst keine Zollschranken. Hier treffen sich die beiden rein vom Kapitalerwerb her denkenden Positionen: die Einzeloptik des Kapitaleigentümers sowohl in den Industrie- wie auch in den Entwicklungsländern, die er als Investitionsobjekt verstärkt öffnen will. Aber ist es auch die Position der Industrie? Die Industrie beruht auf Kapitalbildung und diese fusst auf der eigenen Grundrente. Die Industrie lebt davon, wie viele Menschen die eigene Landwirtschaft zu Gunsten der Industrieherstellung freistellt. Die In-

dustrie profitiert auch von Devisen, welche die Entwicklungsländer durch Agrarexport erwirtschaften und dafür Industrieprodukte kaufen (anstatt sie selbst herzustellen). Aber wie unsere Erfahrungen mit der Exportrisikogarantie zeigten, zahlt der Steuerzahler wesentlich mit. Hier unterscheiden sich die beiden Standpunkte: wer Kapital als gewinnbringende Warenmenge, die investiert und mit Gewinn ‚geerntet‘ wird, privatrechtlich völlig entgegen seiner Entstehung in der gesellschaftlichen Arbeitsteilung als privat aneignungsfähiges Gut deutet, kann diesen komplexen Zusammenhang nicht sehen. Deshalb ist aus seiner Sicht der indigene Bauer nur ein momentan noch verhinderter Exporteur. Er sieht nicht, dass der indigene Bauer der Ausgangspunkt der unabhängigen Kapitalbildung der Volkswirtschaft des Landes ist, dem er angehört. Und deshalb hat der so denkende Investor keine Hemmung, die seiner Art des Geldmachens entgegenstehenden Grenzen von gemeinsam wirtschaftenden Menschen als Hindernis zu beseitigen und ‚öffnen‘ zu wollen. Seine einzige Methode Gewinn zu machen ist die Lohnausbeutung, die Sklaverei und die Lieferung über Tausende von Kilometern in die kaufkräftigen Weltzentren. Dass die Landwirtschaft in den Industrieländern selbst nun beschuldigt wird, sie behindere diese Art des globalen Handels, ist aus der Interessenlage globaler Kapitalinvestoren und Fondsverwalter sowie des ihnen angeschlossenen internationalen Agrarhandels geboren. Sie vertritt weder die Interessen der Industrie der jeweiligen Länder, noch die Interessen der Bauern weder Europas noch der Entwicklungsländer.

Hans Bieri

Die Nord-Süd-Problematik und die für die Bauern in aller Welt existenzbedrohende Liberalisierung des Agrarhandels im Rahmen der WTO wird Inhalt sein des 4. Schweiz. Biogipfels vom 19. Juni 2004 in Zofingen.